

Der liberale Newsletter

aus Kreistag, Stadtrat und Gemeinderäten
im Landkreis Starnberg



Juni 2023

Kreistag

Seeanbindung in Starnberg

Die Kreistagsfraktion beschäftigt sich neben den Inhalten der verschiedenen Sitzungen auch mit Themen, die im Landkreis aktuell und von überregionaler Relevanz sind. So hat die Fraktion zu der seit 30 Jahren dauernden Diskussion um die Seeanbindung des Starnberger Bahnhofs folgende Haltung: "Seit 30 Jahren wird die Seeanbindung in Starnberg diskutiert. Stadträte und Bürgerinitiativen bringen Ideen ein, wie die Umgebung des Sees für die Bürger eine Aufwertung erfährt.

Der nun mit der Bahn geschlossene Vertrag bietet die Chancen für eine vielfältige Bebauung mit diversen Nutzungsmöglichkeiten. Sowohl Gewerbe als auch Einzelhandel, Wohnraum und Gastronomie mit Seeblick sind Nutzungsbeispiele. Das Areal am Bahnhof kann nun mit hoher Aufenthaltsqualität für die Bürger versehen werden.

Neben den Chancen müssen auch die Risiken abgewogen werden. Die Finanzierung stellt hier für die Stadt eine große Herausforderung dar. Die Planungen hinsichtlich der Bebauung und den Möglichkeiten der Nutzung müssen noch dezidiert diskutiert werden.

Wichtig ist der FDP jetzt, dass in einem gemeinsamen Prozess der jahrzehntelange Stillstand aufgehoben wird und die Stadt Starnberg nun endlich die Möglichkeit hat, die Seeanbindung zukunftsorientiert zum Wohle der Bürger zu beplanen."

Die Seeanbindung wird auch im Ortsverband Starnberg kontrovers diskutiert, was für eine liberale Partei dazugehört.

Gauting

Bedarfsanalyse über Kinderbetreuungseinrichtungen im Gemeindegebiet

In der Juni-Sitzung des Gemeinderats wurde die neuerliche Bedarfsanalyse über die Kinderbetreuungseinrichtungen im Gemeindegebiet vorgestellt. Auch wenn theoretisch räumliche Kapazitäten für 1.142 Betreuungsplätze zur Verfügung stehen, so können bedingt durch den Fachkräftemangel bei Erzieherinnen und Erziehern sowie die Integrationskindförderung (d.h. jene Plätze mit erhöhtem Förderbedarf) derzeit nur 956 Plätze tatsächlich belegt werden. Was das Angebot für die Mittagsbetreuung der Jahrgangsstufen 1 bis 4 betrifft, so stehen ab Herbst im Gemeindegebiet in Summe 240 Plätze bereit.

Vor dem Hintergrund der vorgestellten Zahlen wurde leider deutlich, dass auch zum neuen Kindergarten- bzw. Schuljahr im September insgesamt wieder 228 Betreuungsplätze in Gauting fehlen werden. Somit lässt sich aus heutiger Perspektive ein Defizit von 82 Kindergartenplätzen, 76 Krippenplätzen sowie 70 Hort-/Mittagsbetreuungsplätzen prognostizieren.

Der liberale Newsletter

aus Kreistag, Stadtrat und Gemeinderäten
im Landkreis Starnberg



Als FDP-Fraktion im Gautinger Gemeinderat mussten wir leider feststellen, dass die Anzahl der personalbedingt nicht zu besetzenden Betreuungsplätze in den Einrichtungen bestimmter Träger erneut besonders hoch erscheint. Die Gemeinde Gauting sollte daher bei ihren eigenen Kinderbetreuungsliegenschaften versuchen, über Neuausschreibung der Mietverträge bzw. Trägerwechsel eine höhere Auslastung der Einrichtungen herbeizuführen.

Um das Defizit bei den Hortplätzen abzumildern, schlagen wir als Freie Demokraten vor, die mögliche Einführung von gebundenen Ganztagsklassen an den Gautinger Grundschulen in Kooperation mit den jeweiligen Schulleitungen erneut zu forcieren.

Krailling

Ratsbegehren zur Erweiterung des Gewerbegebiets KIM

Am 13.6.23 hat der Gemeinderat Krailling mehrheitlich mit FDP-Stimmen beschlossen, die Kraillinger Wahlberechtigten entscheiden zu lassen, ob die Gemeinde (überhaupt) daran gehen soll, das gemeindeeigene ehemalige Antennenfeld zu etwa 2/3 in ein Ökokonto Wald umzubauen und zu etwa 1/3 zur Erweiterung des Gewerbegebiets KIM zu nutzen. Dazu soll zusammen mit der Landtags- und Bezirkswahl 2023 ein Ratsbegehren stattfinden. Die FDP-Fraktion steht hinter dem Ratsbegehren als der sinnvollsten Möglichkeit, VOR aufwändigen Untersuchungen und Planungen die Bürgerschaft darüber entscheiden zu lassen, ob das Gewerbegebiet überhaupt erweitert werden soll. Erst NACH einem positiven Entscheid gäbe es weitere Untersuchungen und Planungen zu Themen wie z.B. die vorgesehene Fläche liegt im Bannwald und im Landschaftsschutzgebiet, sodass Ausgleichsmaßnahmen notwendig sind (ggf. ist eine Entwicklung auch nicht möglich), es werden u.a. Verkehrsbelastungen auch für die Nachbarkommunen und Anpassungen beim ÖPNV untersucht werden müssen, für viele Interessenten muss eine praktikable Flächenaufteilung entwickelt werden und viele weitere Schritte in einem solchen Verfahren sind nötig.

Wald in Krailling

Für die von der FDP begrüßte Absicht, die KIM auf das Antennenfeld zu erweitern sowie für Windkraftanlagen im Kreuzlinger Forst werden im Fall der tatsächlichen Umsetzung bisherige Waldflächen versiegelt und bebaut werden müssen. Gesetzlich vorgesehen ist ein naturschutzfachlicher Ausgleich dieser Eingriffe, zusätzlich wäre der dort zerstörte/ entfernte Bannwald im direkten Anschluss an das große Bannwaldgebiet von Gilching bis Stockdorf (ggf. sogar bis zum Forstenrieder Park) neu zu pflanzen. Für die Windkraft gibt es aufgrund des Teilflächennutzungsplans auf Gemeindegebiet nur den Bereich nordwestlich der KIM, sodass der Wunsch nach Windkraftnutzung nicht an anderer Stelle im Gemeindegebiet umsetzbar ist! Die Erweiterung des Gewerbegebiets geht auch nur – wenn gewünscht – im direkten Anschluss und damit in den Wald hinein, es gibt auch hier keinen anderen Standort. Das heißt: KIM-Erweiterung UND Windkraft sind NUR an den vorgeschlagenen Standorten möglich, sonst aber an KEINEM anderen Platz innerhalb des Gemeindegebiets. Man kann also NICHT FÜR Windkraft oder FÜR die KIM-Erweiterung sein, aber einen ANDEREN Standort wünschen – so heißt es tatsächlich HIER oder GARNICHT.

Der liberale Newsletter

aus Kreistag, Stadtrat und Gemeinderäten
im Landkreis Starnberg



Kraillinger Bürger- und Rotkreuzstiftung

Das Kraillinger Sozialamt und Stiftungsvorstand berichtete Ende Juni 2023 im Gemeinderat von der Stiftung, die die Gemeinde gemeinsam mit dem Bayerischen Roten Kreuz (KV Starnberg) verwaltet.

Diese Stiftung ging 1989 aus einem Überschuss des Altenheimbaus hervor. Zweck ist die Unterstützung bedürftiger Personen und Förderung von Jugend und Senioren in Krailling. Ergänzt wurde das Stiftungskapital (Grundstock) zu Beginn des Jahrtausends durch das Vermächtnis von Frau Schreyer. Derzeit beträgt das Stiftungskapital mehr als 2 Mio € und erwirtschaftet ca. 10.000 € Zinsen pro Jahr. Durch den Stiftungsvorstand ist die Anbindung an die Verwaltung gewährleistet und somit kurzfristige Entscheidungen möglich. Die Stiftung fördert Bedürftige kontinuierlich z.B. durch Weihnachtsgeld an Altenheimbewohner, Zirkusbesuche im Tollwürmchen für Kraillinger Kinder, Unterstützung für Schülerinnen und Schüler bei Essen oder Schulausflügen, durch Begleichung von Offenen Rechnungen (z.B. Strom), sie zahlt auch die Versicherung für den Altenheimbus. Eng ist auch die Zusammenarbeit mit der Würmtalinsel. Großes Projekt ist derzeit die Modernisierung des Spielplatzes am Höhenweg, der aus gebundener Rücklage (133.000€ Rückstellung für Bürgerhaus) finanziert werden wird. Beginn der Arbeiten dort ist der 10.7.23, die Kosten betragen ca. 50.000€, den Unterhalt übernimmt die Stiftung für mehrere Jahre. Die FDP schlug vor, künftig auch nach und nach die Kraillinger Bushaltestellen über Stiftungsmittel mit Überdachungen und Sitzgelegenheiten auszustatten; dies will der Stiftungsvorstand prüfen.

Volkshochschule Würmtal

WUSSTEN SIE, DASS...die Volkshochschule Würmtal jedes Halbjahr ein umfangreiches Programm sowohl in Planegg als auch in Krailling anbietet? Es gibt für jedes Alter Kurse, von Sprachunterricht über Sport und Kultur bis zu neuen gesellschaftlichen Themen. Die Gemeinden unterstützen die VHS neben Zuschüssen auch mit mietfreien Räumlichkeiten.

Seefeld

Energienutzungsplan

Nach einem Vortrag an einem Sondertermin von Prof. Markus Brautsch von der Ostbayerischen Technischen Hochschule Amberg wurde jetzt der Grundsatzbeschluss gefasst, einen digitalen Energienutzungsplan für die Gemeinde erstellen zu lassen. Grundlage dazu waren auch von der FDP unterstützte Anträge an den Gemeinderat. Dieser Plan, dessen Erstellung mit 70% von der Staatsregierung gefördert wird, soll die Bereiche Strom, Wärme und Mobilität umfassen und wegen seiner digitalen Form leicht aktualisierbar sein. Die Erarbeitung wird etwa ein Jahr dauern. Daraus können dann Projekte zur Umstellung auf regenerative Energiequellen abgeleitet werden. Für die FDP ist wichtig, dass dieser Plan nicht dem kommunalen Wärmeplan nach dem neuen "Heizungsgesetz" entspricht, denn das würde die Bürger vorzeitig in Zugzwang setzen.

Verbesserung der Situation am Friedhof Lindenallee

Ein Antrag der SPD-Fraktion forderte die Beschaffung einer Audio- und evtl. Videoanlage zur Übertragung außerhalb der Aussegnungshalle und die Beschaffung zusätzlicher Sitzgelegenheiten. Die große Mehrheit des

Der liberale Newsletter

aus Kreistag, Stadtrat und Gemeinderäten
im Landkreis Starnberg



Gremiums war der Ansicht, dass Audio- und Videoübertragungen in die Verantwortung der Hinterbliebenen und ihres Bestattungsunternehmens fallen. Der Beschaffung einiger zusätzlicher Klappstühle wurde zugestimmt. Die ebenfalls angeregt Befestigung des Parkplatzes soll bis nach den Bauarbeiten der Bahn für den zweigleisigen S-Bahn-Ausbau verschoben werden, da dieser Bereich für die Baustelleneinrichtung benutzt wird.

Erstmalige Herstellung der Spitzstraße in Hechendorf

Die Abrechnungen an die Anlieger für diese Baumaßnahme wurden gerichtlich überprüft, dabei wurde der dazu erforderliche bebauungsplanersetzende Beschluss als unzureichend qualifiziert, so dass er jetzt nach umfangreicher Überprüfung der Grundlagen neu gefasst werden musste. Es bleibt nur zu hoffen, dass dieser schwer nachvollziehbare bürokratische Aufwand zur Abrechenbarkeit für die Gemeindekasse führt.

Bebauungsplan am Oberfeld

Im Bereich der landwirtschaftlichen Gebäude am Oberfeld soll eine zusätzliche Betriebsleiterwohnung eingerichtet werden. Dazu muss der Bebauungsplan geändert werden und obwohl es dort schon eine Wohnung gibt, möchte die Baubehörde ein neues Immissionsgutachten.

Starnberg

Haupt- und Finanzausschuss

Der Ausschuss hatte im Juni zwei wichtige Themen:

Die Vorstellung des Kitabedarfsplanes 2023/2024 und der Bericht zur Barrierefreiheit in Starnberg, Konzepte und Maßnahmen und zum Inklusionsbeirat. Es wird einen Fehlbedarf von ca. 35 Plätzen im Krippenbereich und 29 Plätzen im Kindergartenbereich geben. Mögliche Erweiterungen können relativ schnell realisiert werden, wenn es möglich ist, genug Personal zu finden. Eine Prognose zur Entwicklung des Kitabedarfes ist im gesamten Landkreis Starnberg sehr schwierig.

Den weiteren Maßnahmen für die Barrierefreiheit in Starnberg wird durch eine geänderten Zusammenarbeit mit dem Inklusionsbeirat Rechnung getragen. Die Satzung muss dazu entsprechend geändert werden. Der Haupt- und Finanzausschuss hat dies formal dem Stadtrat empfohlen.

Bauausschuss

Der Bauausschuss wurde auch in diesem Monat von „normalen“ Themen dominiert.

Umbaumaßnahmen bei dem Feuerwehrgerätehaus in Starnberg sind notwendig und werden im Laufe des Jahres 2023 realisiert. Ebenso wird das Feuerwehrhaus in Hanfeld mit einem Umkleidecontainer erweitert. Intensiv diskutiert wurde ein Antrag von vielen Eigentümern vom Wiesengrund über eine Änderung des Bebauungsplans, um die eigenen Terrassen durch feste Bauten überdachen zu dürfen. Dies ist aktuell nicht gestattet, da die Grundstücke sehr klein und bereits sehr dicht bebaut sind. Beschlossen wurden eine Vertagung und eine Ortsbesichtigung. Eine solche Änderungen würde ein sehr kompliziertes Verfahren mit einer Dauer von ca. 3 Jahren nach sich ziehen. Auch müsste sich dieses Verfahren in die bestehende Liste mit höherer Priorisierung „hinten“ einordnen. Wir sprechen hier von einer Verfahrensdauer von mindestens 5 Jahren.

Der liberale Newsletter

aus Kreistag, Stadtrat und Gemeinderäten
im Landkreis Starnberg



Das Thema Windenergie hat uns auch gestreift. Ein Antrag eines professionellen Entwicklers für ein Grundstück in der Nähe von Hadorf wurde abgelehnt. Das Grundstück liegt außerhalb der Vorrangfläche und nur ca. 620m von der ersten Bebauung in Hadorf einerseits und nur 400m von der Vorrangfläche andererseits entfernt. Eine notwendige Änderung des Flächennutzungsplans ist unter diesen Umständen illusorisch. Konsens im Gremium war, außer bei den Grünen, den einmal landkreisweiten Konsens zu den Vorrangflächen Windkraft nicht in Frage zu stellen. Die vorhandenen Flächen gehen deutlich über das von der Bundespolitik geforderten 2% Ziel an Windkraftfläche hinaus.

Stadtrat Starnberg

Im Stadtrat wurde die neue Satzung für den Inklusionsbeirat bestätigt. Das neue Konzept zur Barrierefreiheit wurde einstimmig beschlossen.

Deutlich lebendiger und emotionaler ging es bei der Entlastung der alten Bürgermeisterin Eva John, jetzt Pfister, in der Zeit von 2015 bis 2020 zu. Das Thema Vergangenheitsbewältigung war notwendig geworden, da die Kommunale Prüfungsaufsicht trotz eigener sehr negativer Prüfung der Amtszeit von Frau Pfister eine Begründung für die Nicht-Entlastung der ex-Bürgermeisterin seitens des Stadtrates verlangt hat. In allen Fällen hat der Stadtrat die Entlastung mehrheitlich verweigert. Dies wurde auch mit dem Hinweis auf das immer noch laufende Klageverfahren gegen Frau Pfister vor dem VGH versehen. Eine FDP-Stadträtin stimmte für die Entlastung, um die Verwaltung vor einer negativen Außenwirkung zu bewahren.

Die Berichte zur Rechnungsprüfung und die Jahresrechnungen für die Jahre 2020 (ab Mai), 2021 und 2022 wurden alle einstimmig genehmigt. Bürgermeister Patrick Janik wurde für alle Jahre einstimmig entlastet. Einziger Kritikpunkt seitens der Stadträte war die späte Vorlage der Berichte, diese wird in Zukunft wieder unmittelbar nach der Rechnungsprüfung erfolgen.

Seeanbindung

Der Antrag der FDP zu Transparenz, Beauftragung der Verwaltung und Beauftragung der Rechtsaufsicht, wurde nur teilweise von der Stadtverwaltung in eine Beschlussvorlage eingearbeitet.

Der Beschlussvorschlag: 'Der Erste Bürgermeister wird beauftragt, den Stadtrat fortlaufend über die Verhandlungsfortschritte im Projekt Seeanbindung zu informieren. ' wurde mit zwei Gegenstimmen angenommen. Die vorausgehende Debatte war kontrovers. Teilen der FDP wurde Aktionismus vorgeworfen. Einstimmig wurde die Besetzung des zukünftigen Lenkungskreises zur Seeanbindung beschlossen.

Mitglieder sind: Der Bürgermeister Patrick Janik, Thomas Beigel und Franz Sengel. Herr Michael Landwehr wird deren Vertretung übernehmen.